

A Service of



Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft Leibniz Information Centre

Bauer, Frank; Sieglen, Georg

Research Report
Datenlage zur Pandemie

IAB-Stellungnahme, No. 10/2021

Provided in Cooperation with:

Institute for Employment Research (IAB)

Suggested Citation: Bauer, Frank; Sieglen, Georg (2021): Datenlage zur Pandemie, IAB-Stellungnahme, No. 10/2021, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg

This Version is available at: https://hdl.handle.net/10419/249714

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.





IAB-STELLUNGNAHME

Ausgewählte Beratungsergebnisse des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

10 2021 Datenlage zur Pandemie

Frank Bauer, Georg Sieglen

Stellungnahme des IAB für das Fachgespräch des Parlamentarischen Begleitgremiums "Covid-19-Pandemie" des Landtags Nordrhein-Westfalen am 16. November 2021



Datenlage zur Pandemie

Frank Bauer Georg Sieglen

Mit der Publikation von Stellungnahmen zu öffentlichen Anhörungen der parlamentarischen Gremien des Bundes und der Länder oder zu aktuellen, zentralen Themen der Arbeitsmarktpolitik will das IAB der Fachöffentlichkeit und der externen Wissenschaft einen Einblick in seine wissenschaftliche Politikberatung geben.

IAB intends to give professional circles and external researchers an insight into its scientific policy advisory services by publishing comments on the public hearings of parliamentary committees of the Federal Government and the Federal States and on current central topics of labour market policy.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung		4
Ab	stract	4
1	Einleitung	5
2	Welche Änderungen sind im Hinblick auf die Insolvenz von Unternehmen bzw. Zahlungsunfähigkeit Privater zu beobachten? Ist noch mit einer Insolvenzwelle zu rechnen? (Frage 2)	6
3	Welche Einflüsse hat die Pandemie auf die Armut bzw. den Wohlstand der Bevölkerungsgruppen in NRW? Existiert eine Datenlage zu den Auswirkungen von Kurzarbeitergeld? (Frage 5)	7
4	Gibt es Erfahrungswerte zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Aufteilung der Arbeit von Vätern und Müttern in der Carearbeit? Sind Daten bekannt, ob Männer in der Pandemie kürzer getreten sind, damit Frauen in systemrelevanten Berufen regulär weiter arbeiten konnten? (Frage 9)	g
5	Wie hat sich die Arbeitslosigkeit entwickelt? Sind dabei unterschiedliche Phasen zu beobachten? Welche Bevölkerungs- bzw. Altersgruppen waren am meisten betroffen? (Frage 13)	10
6	Wie hat die Corona-Krise die Themenbereiche Digitalisierung des Arbeitsmarkts, Homeoffice, Teilzeitarbeit beeinflusst? Wie nachhaltig sind diese Entwicklungen? Gibt es einen Wechsel der Arbeitskultur? (Frage 17)	15
Lit	reratur	19

Zusammenfassung

Das Begleitgremium Covid-19-Pandemie, ein Unterausschuss des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landestags Nordrhein-Westfalens hat den Auftrag, aktuelle sowie künftige gesundheitliche, soziale und wirtschaftliche Folgen der Bewältigung und der Eindämmung der Covid-19-Pandemie zu behandeln. Im Rahmen eines Fachgesprächs am 16. November 2021 wurde das IAB unter dem Titel "Datenlage – Bereich Arbeit – Wirtschaft" um eine Stellungnahme gebeten. Für Fragen aus dem umfangreichen Fragenkatalog, zu denen relevante Erkenntnisse insbesondere auf der Grundlage von Umfragen und Analysen aus dem IAB vorliegen, geben die folgenden Antworten einen zusammenfassenden Überblick über relevante Studienergebnisse.

Abstract

The Covid 19 Pandemic Monitoring Committee, a sub-committee of the Committee for Labor, Health and Social Affairs of the State Parliament of North Rhine-Westphalia, has the mandate to address current as well as future health, social and economic consequences of the management and containment of the Covid 19 Pandemic. In the context of a technical discussion on November 16, 2021, the IAB was asked for a statement under the title "Datenlage – Bereich Arbeit – Wirtschaft". For questions from the extensive list of questions, for which relevant findings are available in particular on the basis of surveys and analyses from the IAB, the following answers provide a summarized overview of relevant study results.

1 Einleitung

Der Fragenkatalog des Parlamentarischen Begleitgremiums Covid-19-Pandemie ist außerordentlich lang und umfasst eine Vielzahl von Fragen, die außerhalb der Expertise des IAB zur evidenzbasierten Politikberatung liegen. Daher konzentriert sich diese Stellungnahme auf eine begrenzte Zahl von Fragen und rekurriert bei den Antworten in der Regel auf originäre IAB-Forschung oder Forschungsergebnisse, die in Kooperationsprozessen bzw. in verwandten Forschungsfeldern entstanden sind. En Detail wird Stellung bezogen zu den Fragen 2 ("Welche Änderungen sind im Hinblick auf die Insolvenz von Unternehmen bzw. Zahlungsunfähigkeit Privater zu beobachten? Ist noch mit einer Insolvenzwelle zu rechnen?"), 5 ("Welche Einflüsse hat die Pandemie auf die Armut bzw. den Wohlstand der Bevölkerungsgruppen in NRW? Existiert eine Datenlage zu den Auswirkungen von Kurzarbeitergeld?"), 9 ("Gibt es Erfahrungswerte zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Aufteilung der Arbeit von Vätern und Müttern in der Carearbeit? Sind Daten bekannt, ob Männer in der Pandemie kürzer getreten sind, damit Frauen in systemrelevanten Berufen regulär weiter arbeiten konnten?", 13 ("Wie hat sich die Arbeitslosigkeit entwickelt? Sind dabei unterschiedliche Phasen zu beobachten? Welche Bevölkerungs- bzw. Altersgruppen waren am meisten betroffen?") und 17 ("Wie hat die Corona-Krise die Themenbereiche Digitalisierung des Arbeitsmarkts, Homeoffice, Teilzeitarbeit beeinflusst? Wie nachhaltig sind diese Entwicklungen? Gibt es einen Wechsel der Arbeitskultur?"). Es werden Untersuchungsergebnisse referiert, die in das weitere Themenfeld der jeweiligen Fragekomplexe fallen.

Ein allgemeines Resultat der vorliegenden Forschungsergebnisse ist, dass die Lage mit Blick auf hochaggregierte Durchschnittwerte über alle Erwerbspersonen oder alle Haushalte insgesamt überraschend wenig dramatisch erscheint. Die Arbeitslosenquoten verweisen auf einen Erholungsprozess am Arbeitsmarkt, die Einkommensungleichheit der Haushalte hat nicht zugenommen, eine große Welle von Insolvenzen ist nicht eingetreten. Allerdings gab es einen Schub der Beschleunigung der Digitalisierung der Erwerbsarbeit und auch traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilungsmuster bei der Erwerbs- und Sorgearbeit haben sich etwas verfestigt. Diese allgemeine Tendenz darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass spezielle Personengruppen erhebliche Konsequenzen der Corona-Pandemie ertragen müssen: Die Langzeitarbeitslosigkeit ist stark gestiegen, der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen ist beunruhigend hoch. Geringverdiener und Soloselbstständige, besonders selbstständige Frauen, aber auch Personen ohne Berufsabschluss oder ohne deutsche Staatsangehörigkeit sind weit stärker betroffen als die Durchschnittswerte erkennen lassen. Zudem kann die Akzeleration des Digitalisierungsprozesses die genannten Probleme verschärfen. Ambivalent ist auch die "erzwungene Flexibilisierung" von Arbeitszeiten und Arbeitszeitlagen: Einerseits ermöglicht die befristete Erhöhung von Höchstarbeitszeiten und die Verringerung von Ruhezeiten Betrieben mehr Flexibilität in der Pandemie. Betrieben wie Beschäftigten gleichermaßen ermöglicht die Ausweitung der faktischen Nutzung von Homeoffice die notwendigen Infektionsschutzmaßnahmen zu treffen sowie auf veränderte Anforderungen der Kinderbetreuung zu reagieren. Andererseits sind die Folgen dieser durch die Pandemie erzwungenen Flexibilität, nämlich die verkürzten Ruhezeiten und die durch die Lageveränderungen der Arbeitszeit und die Arbeit im Homeoffice begünstigte Entgrenzung von Erwerbs- und Carearbeit weder unter gesundheitlichen noch unter sozialen Aspekten dauerhaft zu tragen.

Insbesondere mit Blick auf die Folgen der Covid-19-Pandemie für den Arbeitsmarkt ist einleitend festzuhalten, dass diese sich zum einen ähnlich wie andere Wirtschaftskrisen auswirken und wenig überraschende Ergebnisse beispielsweise mit Blick auf die Einkommensentwicklung zeitigen. Zum anderen ist aber unübersehbar, dass die Spezifik der von der Corona-Pandemie ausgehenden Krise neue Qualitäten aufweist. Das zeigt sich z. B. daran, dass große Teile des Dienstleistungsbereichs fast ad hoc die Arbeit einstellen mussten. In der Folge mussten Personen aus Branchen, in denen niedrige Löhne weitverbreitet sind, etwa im Einzelhandel oder im Gastgewerbe Einkommensverluste hinnehmen. Das Steuer- und Transfersystem und insbesondere die Kurzarbeiterregelungen wirkten den Verlusten bei den Erwerbseinkommen deutlich entgegen. Geringverdiener sind von dieser Krise besonders betroffen, dazu gehören auch Beschäftigte ausländischer Herkunft und Geringqualifizierte, die stärker von Einkommensverlusten durch Arbeitslosigkeit betroffen waren.

Mit der weiteren Digitalisierung der betrieblichen Kommunikationsprozesse und den veränderten Optionen und Verhaltensweisen der Kunden im Zuge der Corona-Krise werden möglicherweise Prozesse des Strukturwandels auch über die Krise hinaus beschleunigt, wenn etwa digitale Geschäftsmodelle und der Online-Handel an Bedeutung gewinnen. Damit einher gehen dürften dann auch ein beschleunigter Wandel von Qualifikationsanforderungen mit eher negativen Folgen für die Arbeitsmarktchancen für Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose. Auch die vor der Krise schon sichtbaren Probleme berufsspezifischer Fachkräfteengpässe können so verschärft werden.

Die Pandemie wird am Arbeitsmarkt weiterhin die Lage ohnehin schon vulnerabler Personengruppen erschweren, Qualifikationsprobleme verschärfen und aufgrund der spezifischen Betroffenheit bestimmter Wirtschaftszweige auch ein regionales Krisenprofil am Arbeitsmarkt aufweisen, das auf die Spezialisierung der Regionen auf Branchen und deren Siedlungsstruktur zurückgeht. Die hier genannten Aspekte sind in allen Antworten gewissermaßen hintergrundthematisch.

2 Welche Änderungen sind im Hinblick auf die Insolvenz von Unternehmen bzw. Zahlungsunfähigkeit Privater zu beobachten? Ist noch mit einer Insolvenzwelle zu rechnen? (Frage 2)

Seit Sommer 2020 erhebt das IAB im Rahmen der Befragung "Betriebe in der Covid-19-Krise" regelmäßig Daten zur Betroffenheit der Betriebe durch die Covid-19-Pandemie (Bellmann et al. 2020¹). Dabei wird in Abständen von etwa drei Wochen eine Stichprobe von etwa 1.500 bis 2.000 Betrieben befragt. Die Stichproben ermöglichen nicht nur Auswertungen für Deutschland insgesamt, sondern auch für Nordrhein-Westfalen. Die befragten Betriebe sind repräsentativ für die privatwirtschaftlichen Betriebe Deutschlands mit mindestens einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten.

¹ Vgl. https://www.iab.de/de/befragungen/becovid.aspx.

Im Rahmen dieser Befragung werden die Betriebe auch danach befragt, ob sich diese akut in ihrer Existenz bedroht sehen.

Zu Beginn der Befragung Ende November 2020 gaben 10 Prozent der Betriebe in Nordrhein-Westfalen an, akut in ihrer Existenz bedroht zu sein. Im Dezember 2020 und Januar 2021 stieg dieser Wert auf 16 Prozent. Die Betriebe in Nordrhein-Westfalen sehen sich in diesem Zeitraum also eher etwas häufiger in ihrer Existenz bedroht als der bundesdeutsche Durchschnitt, wo der entsprechende Wert 13 Prozent nicht überstieg. Ab dem Frühjahr 2021 ging dieser Wert zurück und erreichte ab Mai 2021 sowohl in Nordrhein-Westfalen wie in Deutschland insgesamt Werte um rund 6 Prozent. Im Oktober 2021 waren es dann jeweils noch 5 Prozent. Es ist zu vermuten, dass dieser Verlauf in direktem Zusammenhang mit den mittelbar und unmittelbar auf die Betriebe wirkenden Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie steht.

Die Entwicklung der Insolvenzen in Deutschland war seit 2003 – nur unterbrochen durch die Krise im Jahr 2009 – rückläufig. Auswertungen des Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) zur Zahl der Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften² zeigen nur im Mai 2020 einen leichten Anstieg der Zahl der Insolvenzen gegenüber den Vormonaten und bei der Zahl der von Insolvenzen betroffenen Beschäftigten rund eine Verdopplung zwischen Mai und August 2020. Im Jahr 2021 setzte sich dieser leicht rückläufige Trend fort – auch nach dem Ende der Aussetzung der Insolvenzantragspflicht im April. Im September 2021 lag die Zahl der Insolvenzen mit rund 15 Prozent unter den bereits sehr niedrigen Werten aus dem Vorjahresmonat.

3 Welche Einflüsse hat die Pandemie auf die Armut bzw. den Wohlstand der Bevölkerungsgruppen in NRW? Existiert eine Datenlage zu den Auswirkungen von Kurzarbeitergeld? (Frage 5)

Im Folgenden werden Ergebnisse zur Problematik von Einkommensrückgängen und der Einkommensungleichheit der Bevölkerung referiert. Dabei ist es zentral, zwischen Veränderungen und Verteilungen der Bruttolöhne, der bedarfsgewichteten Haushaltsmarkteinkommen vor Steuern und Sozialabgaben und den verfügbaren Haushaltseinkommen (nach Steuern und Sozialabgaben) zu unterscheiden. Schließlich sind gerade im Kontext der Corona-Pandemie und der sie begleitenden Maßnahmen Sondermaßnahmen (wie die Erhöhung des Kurzarbeitergeldes oder der an Familien gezahlte Kinderbonus) in Betracht zu ziehen, die sich auf die Einkommen auswirken. Aussagen zur Einkommensentwicklung können außerdem stets erst mit einem erheblichen Zeitverzug getrofen werden. Daher ist ein relevanter Anteil der hier referierten Ergebnisse einer Simulationsstudie (Bruckmeier et al. 2020) entnommen.

² https://www.iwh-halle.de/forschung/daten-und-analysen/iwh-insolvenzforschung/. Die Ergebnisse weisen nur geringfügige Abweichungen von den amtlichen Zahlen auf, haben aber nicht deren Zeitverzug von rund zwei Monaten.

Dass viele Erwerbstätige in der Zeit der Corona-Pandemie Einkommenseinbußen erlitten haben, ist ein Fakt (Grabka 2021; Seebauer et al. 2021). "Allerdings deuten die bisherigen Forschungsbefunde darauf hin, dass dies nicht zu einem Anstieg der Einkommensungleichheit in Deutschland im Jahr 2020 geführt hat [...]. Simulationsstudien aus dem vergangenen Jahr für Deutschland und andere europäische Länder – darunter eine gemeinsame Studie des IAB mit dem Institut für Wirtschaftsforschung (ifo) – hatten bereits prognostiziert, dass die Einkommensungleichheit im Jahr 2020 nicht zunehmen würde. Aktuellere Ergebnisse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), die auf Daten des Sozio-oekonomischen Panels aus dem Jahr 2021 basieren, deuten nun in eine ähnliche Richtung" (Bruckmeier/Fitzenberger/Wiemers 2021: 1 f.).

Aus den Simulationsrechnungen ergaben sich für das Jahr 2020 für alle betrachteten Einkommensgruppen Rückgänge bei den Bruttoerwerbseinkommen gegenüber dem Vorjahr (unter anderen wegen Arbeitszeitreduktionen), im Durchschnitt lagen diese bei 3,0 Prozent. Da Verluste beim Erwerbseinkommen durch das Steuer- und Transfersystem, vor allem durch das Kurzarbeitergeld, erheblich abgemildert werden, ist der berechnete Rückgang der Einkommen der Haushalte der Erwerbstätigen mit 1,1 Prozent deutlich geringer. Zieht man zusätzlich die Sondermaßnahmen für einkommensschwache Haushalte in Betracht "und betrachtet die Gesamtbevölkerung, also einschließlich der Haushalte ohne Erwerbstätige, so reduziert sich der Gesamteffekt auf das verfügbare Haushaltseinkommen auf im Schnitt nur noch 0,1 Prozent" (Bruckmeier et al. 2020: 5). Die Simulationsstudie kommt des Weiteren zu dem Ergebnis, dass sich das unterste Einkommensfünftel gegenüber den mittleren und hohen Einkommensgruppen sogar verbessern konnte.

In einer kürzlich erschienenen Studie auf der Grundlage des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zeigt Grabka, dass die Einkommensungleichheit Anfang des Jahres 2021 sogar zurückgegangen ist und führt das darauf zurück, "dass vor allem Selbstständige, die eher in der oberen Hälfte der Einkommensverteilung zu finden sind, an Einkommen einbüßen. Die Einkommen bei Personen aus der unteren Hälfte der Verteilung bleiben im Durchschnitt stabil" (Grabka 2021: 315). Selbstständige Frauen mussten in deutlich höherem Maße Verluste bei den Erwerbseinkommen hinnehmen als selbstständige Männer und abhängig Beschäftigte (Seebauer et al. 2021). Dabei dürfte eine wesentliche Rolle spielen, dass selbstständige Frauen häufiger in Branchen tätig sind, die besonders stark von der Pandemie betroffen sind.

Dass die Einkommensungleichheit zum Zeitpunkt der Corona-Krise zurückgegangen ist, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass einzelne Bevölkerungsgruppen besonders stark vom Einkommensverlust betroffen sind. Hier sind vor allem geringfügig Beschäftigte und Solo-Selbstständige zu nennen. Dabei ist rahmend in Betracht zu ziehen, dass Personen mit geringeren Einkommen häufig besonders stark von Einkommensrückgängen betroffen sind, weil sie kaum Rücklagen bilden können. Das gilt auch für Geringqualifizierte oder Beschäftigte ausländischer Herkunft, die unter den Geringverdienern überproportional zu finden sind.

4 Gibt es Erfahrungswerte zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Aufteilung der Arbeit von Vätern und Müttern in der Carearbeit? Sind Daten bekannt, ob Männer in der Pandemie kürzer getreten sind, damit Frauen in systemrelevanten Berufen regulär weiter arbeiten konnten? (Frage 9)

Bei der Bewältigung der Corona-Pandemie zeigt sich der Bedarf von Flexibilitätskompromissen (Bauer 2018) sehr deutlich. So wurde etwa den Beschäftigten in systemrelevanten Berufen mit der Covid-19-Arbeitszeitverordnung mehr Arbeitszeitflexibilität zugemutet, denn von April bis Juli 2020 waren dadurch Abweichungen vom Arbeitszeitgesetz möglich. So wurden beispielsweise Höchstarbeitszeiten verlängert oder Mindestruhezeiten verkürzt. Neben dem volkswirtschaftlichen Sinn solcher Maßnahmen müssen auch die gesundheitlichen Belastungen, die damit einhergehen, berücksichtigt werden. So geht schon die gelegentliche Unterschreitung der gesetzlichen Ruhezeiten mit gesundheitlichen Risiken einher (Backhaus/Brauner/Tische 2019). Neben den gesundheitlichen Belastungen Beschäftigter zugunsten betrieblicher Flexibilitätsanforderungen kommen bei den Arbeitszeiten von Eltern betreuungspflichtiger Kinder weitere Anforderungen für Flexibilitätskompromisse hinzu. Zum einen müssen Betriebe die Einhaltung von Abstands- und Hygieneregeln gewährleisten und Kontakte ihrer Beschäftigten während der Arbeit möglichst reduzieren. Daher sind sie gehalten, wo es möglich ist, Arbeit von zu Hause zu ermöglichen. Neben diesen betrieblichen Interessen und Notwendigkeiten auf die in der Corona-Pandemie entstandenen Probleme flexibel reagieren zu können, haben auch die Beschäftigten als Privatpersonen in ihrem außerberuflichen Leben erhebliche neue Anforderungen zu bewältigen. Besonders Eltern mit betreuungspflichtigen Kindern müssen aufgrund der Schließung von Betreuungseinrichtungen mehr Sorgearbeit leisten und sind häufiger gezwungen, ihre Erwerbsarbeit zu unüblichen Zeiten zu leisten als vor der Pandemie. Arbeit im Homeoffice ist dabei einerseits eine Chance, diese neuen und zur Bewältigung der in der Pandemie entstehenden Flexibilitätsanforderungen zu bewältigen, mit dieser Chance sind aber auch Risiken verbunden, die nicht übersehen werden dürfen. Zu diesen Risiken gehört neben der bereits angesprochenen Verkürzung der Ruhezeiten auch die Problematik der Verwischung der Grenzen zwischen Arbeits- und Privatleben (Entgrenzung) und eine "Re-Traditionalisierung der Geschlechterordnung" (Allmendinger zitiert in Globisch/Osiander 2020: 2).

Mit Blick auf die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern kamen zuletzt zwei IAB-Untersuchungen (Globisch/Osiander 2020; Frodermann et al. 2021) zu übereinstimmenden Ergebnissen. Eltern haben "in Zeiten geschlossener Schulen und Kitas vorwiegend auf bereits etablierte, meist traditionelle Verteilungsmuster zurückgegriffen. Frauen haben folglich auch in der Pandemie tendenziell die größere Last unbezahlter Sorgearbeit getragen" (Frodermann et al. 2021: 5 f.). Etwas detaillierter betrachtet, ergibt sich im Hinblick auf die Verschiebung der Arbeitszeiten auf andere Tageszei-

ten oder andere Arbeitstage folgendes Bild: "33 Prozent der Beschäftigten mit Kind(ern) unter 14 Jahren [haben] ihre Arbeitszeiten im April 2020 zumindest teilweise verlagert [...]. Bei denjenigen ohne Kinder waren es nur 16 Prozent. Demgegenüber haben Beschäftigte, die sich 2020 um pflegebedürftige Angehörige kümmerten, ihre bisherige Arbeitszeitverteilung beibehalten" (Frodermann et al. 2021: 4 f.). Differenziert man zusätzlich nach Geschlecht zeigen sich bei Beschäftigten ohne Kinder im Haushalt keine Unterschiede. "Bei Beschäftigten mit Kind(ern) unter 14 Jahren verlagerten sowohl Männer als auch Frauen ihre Arbeitszeit überdurchschnittlich häufig. Jedoch traf dies auf Mütter im Schnitt stärker zu als auf Väter" (ebd.). Zu diesem Resultat kommen auch Globisch und Osiander, zwar übernahmen "Mütter vor und während der Pandemie den größeren Teil der Kinderbetreuung – auch in der Wahrnehmung der Männer. Jedoch beteiligen sich Männer in der Pandemie stärker an dieser Aufgabe als vorher" (Globisch/Osiander 2020: 10).

Diese Befunde verweisen darauf, dass mit der durch die Corona-Pandemie erzwungenen Flexibilität Risiken verbunden sind, die man aufmerksam beobachten muss, das gilt gleichermaßen für die gesundheitlichen Belastungen durch die Verkürzung von Ruhezeiten, das Verschwimmen der Grenzen von Erwerbsarbeit und außerberuflichem Leben und eine Re-Traditionalisierung des Geschlechterverhältnisses. Wenn auch festzuhalten ist, dass Väter sich gerade in der Pandemie stärker an der Kinderbetreuung beteiligen als zuvor, so darf nicht übersehen werden, dass besonders erwerbstätige Mütter betreuungsbedürftiger Kinder von der Bewältigung der Pandemie-Folgen besonders gefordert werden.

5 Wie hat sich die Arbeitslosigkeit entwickelt? Sind dabei unterschiedliche Phasen zu beobachten? Welche Bevölkerungs- bzw. Altersgruppen waren am meisten betroffen? (Frage 13)

Auswertungen der Arbeitslosen- und Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA 2021a) zeigen einen deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie.

Da die Stichtage der Arbeitslosenstatistik in der Monatsmitte liegen, schlagen sich die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie und die Maßnahmen zu deren Eindämmung in den Daten erst ab April 2020 nieder; tatsächlich werden sich die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie schon ab Ende März auf die Arbeitslosigkeit ausgewirkt haben. Die Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen stieg von 6,7 Prozent im März 2020 auf 7,4 Prozent im April und dann in den Folgemonaten weiter bis auf 8,2 Prozent im August 2020. Trotz dieses relativ starken Anstiegs blieb das Niveau der Arbeitslosenquote im Zeitvergleich relativ niedrig: Die Arbeitslosenquote war seit 1993 nur in den Jahren 2017 bis 2019 niedriger. Im Oktober 2021 erreichte die Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen 6,9 Prozent (Deutschland 5,2 Prozent).

Um die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit einschätzen zu können, wurde von der Bundesagentur für Arbeit ein sogenannter "Corona-Effekt" berechnet. Dazu wird die tatsächliche Entwicklung der Arbeitslosigkeit mit einer fiktiven Entwicklung verglichen, die sich ergeben hätte, wenn sich die Vormonatsveränderungen der Arbeitslosigkeit wie in den jeweils korrespondierenden Monaten vor der Krise – also April 2019 bis März 2020 – entwickelt hätte. "Dabei wird einerseits angenommen, dass das Saisonmuster unverändert gewesen wäre; andererseits wird unterstellt, dass sich die Entwicklung – also der leichte kontinuierliche Anstieg – der Arbeitslosigkeit aus der Vor-Corona-Zeit im gleichen Maße fortgesetzt hätte" (BA 2021a: 7). Um regionale Einheiten oder Personengruppen sinnvoll vergleichen zu können, wird der Corona-Effekt in Relation gesetzt zu den Erwerbspersonen. Diese setzen sich zusammen aus den Arbeitslosen und den Erwerbstätigen und stehen im Nenner der Arbeitslosenquote.

Die so berechnete fiktive Arbeitslosenquote – also die tatsächliche Quote (6,9 Prozent) nach Abzug des Corona-Effekts, der im Oktober 2021 0,5 Prozentpunkte ausmachte – beträgt in Nordrhein-Westfalen im Oktober 2021 6,4 Prozent. Der auf die Corona-Krise zurückzuführende Anteil an der Arbeitslosenquote hat allerdings im Verlauf der Krise bis zu 1,5 Prozentpunkte betragen und ist mit dem gegenwärtigen Wert vergleichsweise gering. Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass in Bundesländern wie Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland, der Corona-Effekt inzwischen 0 Prozentpunkte beträgt, also nicht mehr festzustellen ist.

Eine nach Personenmerkmalen differenzierte Analyse für Deutschland insgesamt zeigt, dass im Oktober 2021 der Corona-Effekt der Arbeitslosenquote bei der Altersgruppe der 55- bis unter 65- Jährigen höher ist als bei den Jüngeren. Zu Beginn der Krise war das noch umgekehrt: In der Altersgruppe der 15- bis unter 25- Jährigen war zu diesem Zeitpunkt der Corona-Effekt größer als bei den Älteren.

Eine Differenzierung nach Geschlecht zeigt, dass Männer zu Beginn der Krise etwas stärker betroffen waren als Frauen, inzwischen ist bei Frauen ein höherer Corona-Effekt zu beobachten. Veränderungen im Zeitverlauf zeigen sich auch bei einem Blick auf die Staatsangehörigkeit: Während zu Beginn bei Ausländern ein deutlich höherer Corona-Effekt zu beobachten war als bei Deutschen, gibt es inzwischen nur noch kleine Unterschiede. Am ausgeprägtesten sind die Unterschiede allerdings beim Qualifikationsniveau: Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung waren im Verlauf der Krise und auch noch am aktuellen Rand deutlich stärker betroffen als Personen mit höheren Qualifikationsniveaus. Bei Personen mit betrieblicher oder schulischer Ausbildung gab es im Oktober nur einen geringfügigen und bei Akademikern keinen Corona-Effekt mehr, bei Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung waren 1,9 Prozentpunkte der bundesdeutschen Arbeitslosenquote von 18,9 Prozent auf den Corona-Effekt zurückzuführen.

Mit der Corona-Krise ging auch das Ende des seit 2014 rückläufigen Trends beim Anteil Langzeitarbeitsloser an allen Arbeitslosen einher. Die Zahl Langzeitarbeitsloser nahm seit Beginn der Krise bis April 2021 kontinuierlich zu und der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen stieg bis zum aktuellen Rand ebenfalls kontinuierlich an. Im Oktober 2021 waren in Nordrhein-Westfalen rund 48 Prozent aller Arbeitslosen im Land langzeitarbeitslos. Zum Vergleich: Im Oktober 2019 waren es noch knapp 39 Prozent. Das verdeutlicht auch, dass von der oben skizzierten Erholung am Arbeitsmarkt vorwiegend Personen profitiert haben, die als marktnah bezeichnet werden.

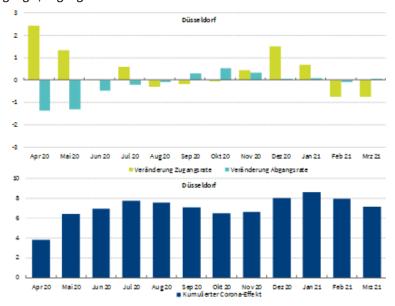
Weitere Erkenntnisse kann man im Rekurs auf eine Variante des "Corona-Effekts" gewinnen, der die Übergänge zwischen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in den Fokus nimmt (vgl. Sieglen/

Roth/Carl 2021). Die Berechnung des Corona-Effekts erfolgt hier auf der Grundlage der Salden aus den Zugängen aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in und entsprechenden Abgängen aus Arbeitslosigkeit für jede Region bzw. zu analysierende Personengruppe und für jeden Monat. Die so ermittelten Nettozugänge werden dann in Beziehung zur Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Juni 2019 in der relevanten Region oder der relevanten Personengruppe gesetzt und mit 1.000 multipliziert. Nimmt die Nettozugangsrate beispielsweise den Wert 5 an, bedeutet das, dass es im relevanten Monat beispielsweise 10 Zugänge in Arbeitslosigkeit pro 1.000 Beschäftigter gab, aber nur 5 Abgänge. Der Corona-Effekt und die (Brutto-)Zugangs- und Abgangsrate ergeben sich dann aus dem Vergleich mit dem jeweiligen Vorjahresmonat. Eine Differenzierung nach Wirtschaftsabteilungen zeigt, dass die Bereiche Gastronomie, Beherbergung und der Bereich der "Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften" zu Beginn der Krise im April 2020 die mit Abstand am stärksten betroffenen Wirtschaftsabteilungen waren. Die Corona-Effekte waren in diesen Branchen rund sechsmal höher als im Durchschnitt aller Wirtschaftsabteilungen. Kumuliert man die einzelnen Monatswerte im weiteren Verlauf der Krise bis zum März 2021, so gehören die Bereiche Gastronomie und Beherbergung zu den Bereichen, in denen der Corona-Effekt noch weiter zugenommen hat, während in den meisten anderen Wirtschaftsabteilungen ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen war. Im Bereich "Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften" gab es im gesamten Zeitraum von April 2020 bis März 2021 trotz des starken Anstiegs im April 2020 sogar einen niedrigeren Nettozugang in Arbeitslosigkeit als im Vorjahreszeitraum. Ähnlich wie während der Finanzkrise 2008/2009 reagiert die Arbeitnehmerüberlassung frühzeitig auf Änderungen der konjunkturellen Rahmenbedingungen und dürfte auch in der gegenwärtigen Krise wie ein Puffer für die nicht in der Leiharbeit Beschäftigten wirken (vgl. Jahn/Weber 2016; BA 2021b). Sehr hohe Corona-Effekte über den gesamten Zeitraum ergeben sich darüber hinaus in den Bereichen der Luftfahrt, der "Reisebüros, -veranstalter und sonstige Reservierungsdienstleistungen" sowie im Bereich "Film, TV, Kino und Tonstudio". Zu berücksichtigen ist bei den zuletzt genannten Bereichen, dass die Beschäftigtenanteile sowie die Anteile an den Nettozugängen in Arbeitslosigkeit hier nur relativ klein sind.

Eine regional differenzierte Betrachtung zeigt nicht nur Differenzen zwischen den Regionen, sondern auch im Zeitverlauf. Dabei wird hier exemplarisch auf vier Kreise bzw. kreisfreie Städte in Nordrhein-Westfalen rekurriert. Die Abbildung 1 bis 4³ zeigen neben den ab April kumulierten Corona-Effekten die monatlichen (Brutto-)Zu- und Abgangsraten. Dabei wird sichtbar, dass nicht nur unterschiedliche Betroffenheiten zu Beginn der Krise festzustellen sind, sondern auch unterschiedliche Verlaufsformen. Während in Düsseldorf und Gelsenkirchen die Corona-Effekte nach dem Anstieg im Frühjahr die Sommermonate über auf relativ unverändertem Niveau blieben, zeigen sich im Märkischen Kreis und Gütersloh bereits ab August deutliche Anzeichen einer Erholung, sodass es im gesamten Zeitraum von April 2020 bis März 2021 sogar weniger Nettozugänge in Arbeitslosigkeit gab als im Vorjahreszeitraum. In Düsseldorf und Gelsenkirchen hingegen sind die Rückgänge des Corona-Effekts bis Ende 2020 deutlich schwächer ausgeprägt. In Düsseldorf zeigt sich im Dezember 2020 und Januar 2021 wieder ein deutlicher Anstieg, vor allem aufgrund gestiegener Übergänge aus einer Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt in Arbeitslosigkeit, wie schon zu Beginn der Krise. In Gelsenkirchen zeigt sich in den letzten Monaten, dass zwar die Zugangsraten in Arbeitslosigkeit etwas niedriger waren als in den entsprechenden Vorjahresmonaten, aber auch die Abgangsraten.

³ Anders als bei der Differenzierung nach Wirtschaftsabteilungen wurden der Corona-Effekt bzw. die Zu- und Abgangsraten nicht nur bezogen auf die Übergänge in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung berechnet, sondern bezogen auf Übergänge in Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt. Als Bezugsgröße wurden statt der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten alle Erwerbspersonen herangezogen.

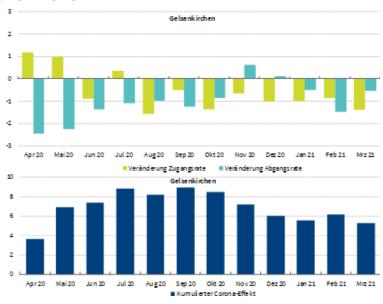
Abbildung 1
Veränderung Zugangs-/Abgangsrate und kumulierter Corona-Effekt Düsseldorf



Anmerkung: Der Corona-Effekt misst die Differenz zwischen der Veränderung der Übergänge aus abhängiger Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt in Arbeitslosigkeit im jeweiligen Monat gegenüber dem Vorjahresmonat und der entsprechenden Veränderung der Übergänge aus Arbeitslosigkeit in abhängige Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt. Zur besseren Vergleichbarkeit wird diese Größe anschließend durch die entsprechende Zahl der Erwerbspersonen im Juni 2019 geteilt und mit 1.000 multipliziert. Die Werte wurden dann ab April kumuliert. Die entsprechend berechneten Zugangs- und Abgangsraten sind als nicht kumulierte Monatswerte dargestellt.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen. © IAB

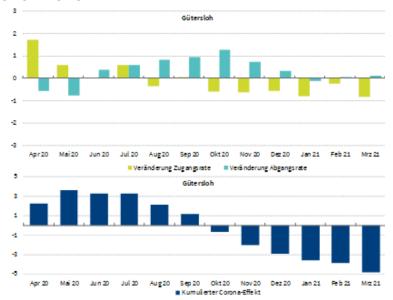
Abbildung 2 Veränderung Zugangs-/Abgangsrate und kumulierter Corona-Effekt Gelsenkirchen



Anmerkung: Siehe Abbildung 1.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen. $\ @$ IAB

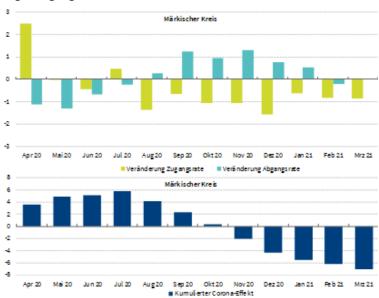
Abbildung 3 Veränderung Zugangs-/Abgangsrate und kumulierter Corona-Effekt Gütersloh



Anmerkung: Siehe Abbildung 1.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen. © IAB

Abbildung 4
Veränderung Zugangs-/Abgangsrate und kumulierter Corona-Effekt Märkischer Kreis



Anmerkung: Siehe Abbildung 1.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen. © IAB

Schließlich deuten kreisspezifische Analysen des Corona-Effekts darauf hin, dass es einen Zusammenhang zwischen der Höhe des kreisspezifischen Corona-Effekts und regionalen Merkmalen gibt: Unter ansonsten gleichen Umständen geht eine höhere Bevölkerungsdichte sowie eine bereits vor Pandemiebeginn höhere Arbeitslosenquote mit einer stärkeren Betroffenheit einher (vgl. Böhme et al. 2020; Hamann et al. 2021; Sieglen/Roth/Carl 2021). Daneben spielen aber auch Unterschiede

der regionalen Wirtschaftsstruktur bzw. die regionale Bedeutung stark von der Krise betroffener Branchen eine wichtige Rolle.

6 Wie hat die Corona-Krise die Themenbereiche Digitalisierung des Arbeitsmarkts, Homeoffice, Teilzeitarbeit beeinflusst? Wie nachhaltig sind diese Entwicklungen? Gibt es einen Wechsel der Arbeitskultur? (Frage 17)

"Aus Sicht des IAB ist damit zu rechnen, dass durch die Covid-19-Pandemie Impulse für einen Digitalisierungsschub entstehen. Bei den Datenquellen, die dem IAB für aktuelle Analysen zur Verfügung stehen, ist dies vor allem bei der Verbreitung von Homeoffice und bei der Nutzung digitaler Geräte während der Covid-19-Pandemie zu beobachten" (Grunau et al. 2020: 5).

Verschiedene Befragungsergebnisse deuten darauf hin, dass die Bedeutung von Homeoffice während der Covid-19-Pandemie zugenommen hat. So zeigen Ergebnisse einer Zusatzbefragung des nationalen Bildungspanels (NEPS) vom Mai/Juni 2020, dass ein großer Teil der Beschäftigten in Deutschland in den ersten Monaten der Pandemie ihren Arbeitsort in das Homeoffice verlegt hat: 65 Prozent der Stichprobe von Hochgebildeten und 31 Prozent der Erwachsenenstichprobe arbeiteten teilweise oder ganz im Homeoffice (Kleinert/Bächmann/Zoch 2020).

Dabei ist zwischen der Möglichkeit, Homeoffice nutzen zu können, die betrieblicherseits eingeräumt wird, und der tatsächlichen Nutzung dieser Arbeitsform zu unterscheiden. Denn die Ergebnisse der IAB-Befragung "Leben und Erwerbstätigkeit in Zeiten von Corona" (vgl. Kruppe/Ossiander 2020) zeigen, dass sich der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland, die nach eigenen Angaben die Möglichkeiten hatten, ganz oder teilweise von zu Hause aus zu arbeiten, im Mai 2020 mit knapp 39 Prozent kaum von dem Anteil, der vor der Pandemie vorlag, unterschied. Deutlich erhöht hat sich demgegenüber allerdings der Anteil derer, die diese Möglichkeit tatsächlich nutzten. Vor Beginn der Pandemie waren dies mit 44 Prozent weniger als die Hälfte, während der Anteil Mai 2020 mit 81 Prozent vier Fünftel erreichte. Aber nicht nur der Anteil derer, die in der Pandemie erstmals Homeoffice nutzten, erhöhte sich, sondern auch der Anteil der im Homeoffice geleisteten Arbeitszeit an der insgesamt geleisteten wöchentlichen Arbeitszeit. Deutlich zugenommen hat im Verlauf der Pandemie der Anteil derjenigen Personen mit Homeoffice-Möglichkeit, die mehr als 40 Prozent ihrer Arbeitszeit im Homeoffice verbrachten: Vor der Pandemie waren dies 14 Prozent der Männer und 16 Prozent der Frauen. Im Mai 2020 war dieser Anteil bei Männern mit 66 Prozent und bei Frauen mit 67 Prozent mehr als viermal so hoch. Im Verlauf der folgenden Monate ging dieser zwar wieder zurück, lag im Oktober 2020 bei Männern immer noch bei 49 Prozent und bei Frauen bei 48 Prozent.

Weitergehende Analysen lassen sich mit Daten der Corona-Zusatzerhebung des "Linked Personnel Panels"4 des IAB durchführen (vgl. Frodermann et al. 2021). So wird etwa deutlich, dass mehr Frauen als Männer während der Pandemie erstmalig ins Homeoffice wechselten (Frodermann et al. 2020). Des Weiteren lässt sich die Frage adressieren, inwieweit Potenziale von Arbeit im Homeoffice durch den kurz- oder mittelfristigen Abbau verschiedener Hindernisse während der Pandemie ausgeschöpft werden konnten. Sogenannte "weiche" Hindernisse, also Vorbehalte von Betrieben, Vorgesetzten oder Beschäftigten verloren bei Beschäftigten ohne Homeoffice-Nutzung während der Pandemie deutlich an Bedeutung. So gaben etwa im April/Mai 2020 nur noch rund 17 Prozent der Beschäftigten ohne Homeoffice-Nutzung an, aufgrund einer Anwesenheitskultur im Betrieb nicht von zu Hause zu arbeiten, 2017 waren es noch über 60 Prozent. Aber auch fehlende technische Voraussetzungen für ein Arbeiten von zu Hause konnten als Hindernis in der Krise in ihrer Bedeutung verringert werden: Berichteten 2017 noch 46 Prozent der Personen ohne Homeoffice von fehlenden technischen Voraussetzungen, waren dies im Oktober 2020 noch 29 Prozent. Der Befragung zufolge liegt das primäre Hindernis beim Arbeiten von zu Hause aber nach wie vor in der mangelnden Eignung der Tätigkeit, was im April/Mai 2020 bei 80 Prozent der Befragten ohne Homeoffice-Nutzung der Fall war. Zu dessen Abbau bedarf es zumeist eines nicht ad hoc möglichen technologischen Fortschritts im Rahmen der Digitalisierung (Grunau et al. 2020).

Schwierig einzuschätzen bleibt allerdings, wie nachhaltig diese Entwicklungen sind und inwieweit aufgrund der Ausnahmesituation der Pandemie zurückgestellte Vorbehalte gegenüber Homeoffice nach einer Rückkehr zur ("neuen") Normalität wieder zum Tragen kommen. "Auch wenn manche der temporär abgebauten Hürden nach der Covid-19-Pandemie wieder an Bedeutung gewinnen könnten, ist von einem dauerhaft höheren Niveau als vor Ausbruch der Pandemie auszugehen – nicht zuletzt aufgrund der zuletzt verbesserten technischen Voraussetzungen (vgl. Frodermann et al. 2020)" (Grunau et al. 2020: 6). Ergebnisse einer Befragung von Erwerbstätigen der Hans-Böckler-Stiftung (Kohlrausch et al. 2021) deuten darauf hin, dass gegenüber dem Zeitpunkt der letzten Befragung der oben genannten IAB-Befragung im Oktober 2020, sich zumindest bis in den Sommer 2021 der Anteil von Beschäftigten, die ganz oder teilweise von zu Hause arbeiten, nur wenig verändert haben dürfte.

"Erste Auswertungen auf Basis der Erwachsenenstichprobe der NEPS-Zusatzbefragung zeigen außerdem, dass die erste Zeit der Covid-19-Pandemie seit März 2020 mit Veränderungen in der Nutzung digitaler Technologien einherging. So berichtet über ein Drittel der Erwerbstätigen, dass ihre Tätigkeit in dieser Zeit sehr stark oder stark durch die Verwendung vernetzter digitaler Technologien geprägt war, zum Beispiel in Form von digitaler Kommunikation. Die starke Nutzung digitaler Technologien zeigt sich vor allem für die Arbeitsplätze von männlichen und eher jüngeren Personen sowie von Akademikern. [...] Die stärkste Zunahme in der Nutzung von digitalen vernetzten Technologien ist bei den Personen zu verzeichnen, die gleichzeitig berichten, dass ihr Arbeitsplatz stark von Digitalisierung geprägt ist" (Grunau et al. 2020: 6).

Nach Angaben der Arbeitszeitrechnung des IAB ging das Arbeitsvolumen der Voll- und Teilzeitbeschäftigten (ohne Berücksichtigung von Nebenjobs) in Deutschland im Jahr 2020 insgesamt von

⁴ Das Linked Personnel Panel (LPP) ist eine zweistufige Panelbefragung von Betrieben und deren Beschäftigten im Zweijahres-Rhythmus. Die Befragung ist repräsentativ für Betriebe der deutschen Privatwirtschaft mit mindestens 50 sozialversicherungs-pflichtig Beschäftigten (Ruf et al. 2020). Die Daten aus der Zeit der Covid-19-Pandemie entstammen einer Online-Zusatzerhebung (Frodermann et al. 2020). Diese richtete sich an Personen, die im Jahr 2019 an der LPP-Beschäftigtenbefragung teilgenommen und dort angegeben haben, bei ihrer Arbeit digitale Informations- und Kommunikationstechnologien wie Computer, Laptop, Tablet oder Smartphone zu verwenden (85 Prozent der Befragten).

rund 53,5 Milliarden Stunden im Jahr 2019 auf 51,4 Milliarden Stunden zurück. Bei den Vollzeitbeschäftigten ging das Arbeitsvolumen gegenüber dem Vorjahr um 4,1 Prozent zurück und bei den Teilzeitbeschäftigten rund 3,0 Prozent. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten am gesamten Arbeitsvolumen stieg aber weiter auf 22,9 Prozent an, sodass sich der Trend der vergangenen Jahre (zum Vergleich 2005: 16,7 Prozent) einer steigenden Bedeutung der Teilzeitbeschäftigung fortsetzte. Eine ähnliche Entwicklung ist auch bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (am Arbeitsort) in Nordrhein-Westfalen zu beobachten: Während die Zahl der Vollzeit-Beschäftigten in den Quartalen Juni bis Dezember 2020 gegenüber den Vorjahreswerte vorübergehend leicht zurückging, stieg die Zahl der Teilzeit-Beschäftigten auch in diesem Zeitraum weiter an, wenngleich in geringerem Umfang als in den Jahren zuvor. Dagegen war der Rückgang der Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten gravierender: Im Juni und Dezember 2020 lag ihre Zahl über 8 Prozent unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Bei diesen Beschäftigten beschleunigte sich damit vorläufig der mit Beginn der Krise schon in den vergangenen Jahren zu beobachtende Beschäftigungsrückgang. Bei den sozialversicherungspflichtigen Voll- und Teilzeitbeschäftigten geht die Pandemie mit einem Rückgang des in den vergangenen Jahren zu beobachtenden Beschäftigungswachstums einher.

Zu den wesentlichen Aspekten möglicher Veränderungen der Arbeitskultur im Zusammenhang mit der Pandemie dürften Veränderungen der Art der Kommunikation, insbesondere eine zunehmende Digitalisierung der Kommunikationsprozesse in den Betrieben gehören. Auch hierzu liegen Befragungsergebnisse aus der Corona-Zusatzerhebung des "Linked Personnel Panels" des IAB vor (vgl. Haepp et al. 2021). So stieg der Anteil von Beschäftigten in Deutschland, die angaben, an einem typischen Arbeitstag ganz oder teilweise virtuell bzw. digital, also mittels Telefonkonferenzen, Internettelefonie oder Videokonferenz-Tools zu kommunizieren, von rund 53 Prozent im Jahr 2019 auf 76 Prozent im ersten Lockdown im April 2020. Im Oktober 2020 lag er noch bei 73 Prozent.

Zudem zeigte die Befragung, dass in Betrieben, in denen größere Teile der Belegschaft bereits im Jahr 2019 mit mobilen, internetfähigen Endgeräten wie Notebooks oder Smartphones ausgestattet waren, zwischen April und Oktober 2020 deutlich größere Anteile der Beschäftigten virtuell kommunizierten als in solchen, wo diese Ausstattung fehlte.

Bemerkenswert ist auch ein Ergebnis zur Arbeitseffizienz. Mehr als ein Drittel der Beschäftigten gab an, dass die Arbeitseffizienz gegenüber der Zeit vor der Pandemie zurückgegangen sei. Die Anteile von Beschäftigten aus Betrieben mit virtuellen Besprechungen und einer guten Ausstattung mit mobilen Endgeräten (mehr als ein Drittel der Belegschaft) bereits vor Beginn der Krise, die angaben, dass ihre Arbeitseffizienz gesunken sei, war im Oktober 2020 mit 18 Prozent niedriger als bei Beschäftigten, die nicht in solchen technologisch gut ausgestatten Betrieben arbeiteten. Bei Beschäftigten in Betrieben ohne virtuelle Besprechungen waren dies 24 Prozent. In der erstgenannten Gruppe gaben 34 Prozent sogar an, dass die Effizienz gestiegen sei.

Es ist also insgesamt davon auszugehen, dass sich in der Krise die digitale Transformation von Wirtschaft und Arbeitsmarkt akzeleriert. Angesichts der Geschwindigkeit dieser Transformationsprozesse dürften in den kommenden Jahren damit für zunehmend größere Bevölkerungsgruppen auch individuelle berufliche Brüche und neue Qualifikationsbedarfe erwachsen. Insbesondere bei geringqualifizierten Arbeitslosen birgt dies auch das Risiko zunehmender Langzeitarbeitslosigkeit und einen dauerhaften Ausschluss von Erwerbstätigkeit. Trotz des zu erwartenden Arbeitsmarktaufschwungs ist zu befürchten, dass sich die Chancen von Geringqualifizierten und Langzeitar-

beitslosen deutlich verschlechtern. Zugleich könnte die genannte Entwicklung einem berufsspezifischem Fachkräftemangel Vorschub leisten.

Literatur

- Backhaus, Nils; Brauner, Corinna; Tisch, Anita (2019): Auswirkungen verkürzter Ruhezeiten auf Gesundheit und Work-Life-Balance bei Vollzeitbeschäftigten: Ergebnisse der BAuA-Arbeitszeitbefragung 2017. Zeitschrift für Arbeitswissenschaft Vol. 73, Ausgabe 4, 2019, S. 394–417.
- Bauer, Frank (2018): Zur Regulierung von flexiblen Arbeitszeiten. Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landtags Nordrhein-Westfalen am 2. Mai 2018. IAB-Stellungnahme 7/2018, Nürnberg.
- Bellmann, Lutz; Kagerl, Christian; Koch, Theresa; König, Corinna; Leber, Ute; Schierholz, Malte; Stegmaier, Jens; Aminian, Armin (2020): Was bewegt Arbeitgeber in der Krise? Eine neue IAB-Befragung gibt Aufschluss. IAB-Forum, 25.9.2020 [URL: https://www.iab-forum.de/was-bewegt-arbeitgeber-in-der-krise-eine-neue-iab-befragung-gibt-aufschluss/] (Abrufdatum: 8. November 2021).
- Böhme, Stefan; Burkert, Carola; Carstensen, Jeanette; Eigenhüller, Lutz; Niebuhr, Annekatrin; Roth, Duncan; Sieglen, Georg; Wiethölter, Doris (2020): Die Bedeutung der regionalen Wirtschaftsstruktur für die Arbeitsmarkteffekte der Corona-Pandemie. Eine erste Einschätzung, IAB-Forschungsbericht 15/2020, Nürnberg, 53 S. [URL: https://doku.iab.de/forschungsbericht/2020/fb1520.pdf] (Abrufdatum: 8. November 2021).
- Bruckmeier, Kerstin; Fitzenberger, Bernd; Wiemers, Jürgen (2021): Corona führte zwar bisher nicht zu gestiegener Einkommensungleichheit für eine Entwarnung ist es dennoch zu früh. IAB-Forum, 7.10.2021 [URL: https://www.iab-forum.de/corona-fuehrte-zwar-bisher-nicht-zu-gestiegener-einkommensungleichheit-fuer-eine-entwarnung-ist-es-dennoch-zu-frueh/] (Abrufdatum: 8. November 2021).
- Bruckmeier, Kerstin; Peichl, Andreas; Popp, Martin; Wiemers, Jürgen; Wollmershäuser, Timo (2020): Covid-19-Krise: Für das Jahr 2020 ist mit keinem Anstieg der Einkommensungleichheit in Deutschland zu rechnen (Serie "Corona-Krise: Folgen für den Arbeitsmarkt"). IAB-Forum, 10.12.2020 [URL: https://www.iab-forum.de/covid-19-krise-fuer-das-jahr-2020-ist-mit-keinem-anstieg-der-einkommensungleichheit-in-deutschland-zu-rechnen/] (Abrufdatum: 8. November 2021).
- Bundesagentur für Arbeit [BA] (2021a): Berichte: Arbeitsmarkt kompakt: Auswirkungen der Corona-Krise auf den Arbeits- und Ausbildungsmarkt, Nürnberg, Oktober 2021 [URL: <a href="https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/202110/arbeitsmarktberichte/am-kompakt-corona/am-kompakt-corona-d-0-202110-pdf.pdf?__blob=publicationFile &v=3] (Abrufdatum: 8. November 2021).
- Bundesagentur für Arbeit [BA] (2021b): Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt Entwicklungen der Zeitarbeit, Nürnberg, Januar 2021 [URL: <a href="https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Statistiken/Themen-im-Fokus/Zeitarbeit/generische-Publikation/Arbeitsmarkt-Deutschland-Zeitarbeit-Aktuelle-Entwicklung.pdf;jsessionid=9D3417601387A5EE8B81135C89A09354?__blob=publicationFile&v=8] (Abrufdatum: 8. November 2021).

- Frodermann, Corinna; Grunau, Philipp; Wanger, Susanne; Wolter, Stefanie (2021): Nine to five war gestern: In der Pandemie haben viele Beschäftigte ihre Arbeitszeiten verlagert. IAB-Forum, 20.7.2021 [URL: https://www.iab-forum.de/nine-to-five-war-gestern-in-der-pandemie-haben-viele-beschaeftigte-ihre-arbeitszeiten-verlagert/] (Abrufdatum: 8. November 2021).
- Frodermann, Corinna; Grunau, Philipp; Haepp, Tobias; Mackeben, Jan; Ruf, Kevin; Steffes, Susanne; Wanger, Susanne (2020): Online-Befragung von Beschäftigten: Wie Corona den Arbeitsalltag verändert hat. IAB-Kurzbericht 13/2020, Nürnberg [URL: https://doku.iab.de/kurzber/2020/kb1320.pdf] (Abrufdatum: 8. November 2021).
- Globisch, Claudia; Osiander, Christopher (2020): Sind Frauen die Verliererinnen der Covid-19-Pandemie? IAB-Forum, 12.11.2020 [URL: https://www.iab-forum.de/sind-frauen-die-verliererinnen-der-covid-19-pandemie] (Abrufdatum: 8. November 2021).
- Grabka, Markus M. (2021): Einkommensungleichheit stagniert langfristig, sinkt aber während der Corona-Pandemie leicht. In: DIW Wochenbericht Nr. 18/2021, S. 308–316 [URL: https://www.diw.de/de/diw_01.c.817486.de/publikationen/wochenberichte/2021_18_1/einkommensungleichheit_stagniert_langfristig__sinkt_aber_waehrend_der_coronapandemie_leicht.html] (Abrufdatum: 8. November 2021).
- Grunau, Philipp; Janser, Markus; Laible, Marie-Christine; Lehmer, Florian; Matthes, Britta; Stops, Michael; Vicari, Basha (2020): Covid-19-Pandemie und Klimawandel als Beschleuniger des Strukturwandels: Fachkräftesicherung in Zeiten von Digitalisierung und Defossilisierung. Stellungnahme des IAB zur Anhörung beim Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung am 8. Oktober 2020. IAB-Stellungnahme 11/2020, Nürnberg [URL: https://doku.iab.de/stellungnahme/2020/sn1120.pdf] (Abrufdatum: 8. November 2021).
- Haepp, Tobias; Grunau, Philipp; Hauschka, Gloria; Ruf, Kevin (2021): Die Technik macht den Unterschied: Wie die Covid-19-Pandemie die berufliche Kommunikation und Arbeitseffizienz verändert hat. IAB-Forum, 3.3.2021 [URL: https://www.iab-forum.de/die-technik-macht-den-unterschied-wie-die-covid-19-pandemie-die-berufliche-kommunikation-und-arbeitseffizienz-veraendert-hat/] (Abrufdatum: 8. November 2021).
- Hamann, Silke; Kropp, Per; Niebuhr, Annekatrin; Roth, Duncan; Sieglen, Georg (2021): Die regionalen Arbeitsmarkteffekte der Covid-19-Pandemie: Nicht nur eine Frage der Wirtschaftsstruktur. IAB-Kurzbericht 14/2021, Nürnberg [URL: https://doku.iab.de/kurzber/2021/kb2021-14.pdf] (Abrufdatum: 8. November 2021).
- Jahn, Elke; Weber, Enzo (2016): The effect of temporary help jobs on employment volatility. In: Canadian Journal of Economics Vol. 49, No. 1, S. 412–427.
- Kohlrausch, Bettina; Wenckebach, Johanna; Lott, Yvonne; Ahlers, Elke; Mierich, Sandra (2021): Auf einen Blick: Studien zu Homeoffice und mobiler Arbeit [URL: https://www.boeckler.de/de/auf-einen-blick-17945-Auf-einen-Blick-Studien-zu-Homeoffice-und-mobiler-Arbeit-28040.htm] (Abrufdatum: 3. November 2021).
- Kleinert, Corinna; Bächmann, Ann-Christin; Zoch, Gundula (2020): Schützt Bildung vor Erwerbsrisiken in der Corona-Krise? Analysen auf Basis der NEPS-Startkohorten 2, 4, 5 und 6. LlfBi Working Paper No. 89, Leibniz-Institut für Bildungsverläufe, Bamberg [URL: https://www.lifbi.de/Portals/13/LlfBi%20Working%20Papers/WP_LXXXIX.pdf] (Abrufdatum: 8. November 2021).

- Kruppe, Thomas; Osiander, Christopher (2020): Kurzarbeit in der Corona-Krise: Wer ist wie stark betroffen? IAB-Forum, 30.6.2020 [URL: https://www.iab-forum.de/kurzarbeit-in-der-corona-krise-wer-ist-wie-stark-betroffen] (Abrufdatum: 8. November 2021).
- Ruf, Kevin; Mackeben, Jan; Haepp, Tobias; Wolter, Stefanie; Grunau, Philipp (2020): Linked Personnel Panel 1819. Arbeitsqualität und wirtschaftlicher Erfolg: Längsschnittstudie in deutschen Betrieben. Datendokumentation der vierten Welle. FDZ-Datenreport Nr. 11/2020 [URL: https://doku.iab.de/fdz/reporte/2020/DR_11-20.pdf] (Abrufdatum: 8. November 2021).
- Seebauer, Johannes; Kritikos, Alexander S.; Graeber, Daniel (2021): Warum vor allem weibliche Selbstständige Verliererinnen der Covid-19-Krise sind. In: DIW Wochenbericht Nr. 15/2021, S. 261–269 [URL: https://www.diw.de/de/diw_01.c.815794.de/publikationen/wochenberichte/2021_15_3/warum_vor_allem_weibliche_selbststaendige_verliererinnen_der_covid-19-krise_sind.html] (Abrufdatum: 8. November 2021).
- Sieglen, Georg; Roth, Duncan; Carl, Birgit (2021): Auswirkungen der Covid-19-Krise auf den Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen. IAB-Regional. Berichte und Analysen aus dem Regionalen Forschungsnetz. IAB Nordrhein-Westfalen 1/2021, Nürnberg [URL: http://doku.iab.de/regional/NRW/2021/regional_nrw_0121.pdf] (Abrufdatum: 8. November 2021).

Impressum

IAB-Stellungnahme 10|2021

Veröffentlichungsdatum

29. Dezember 2021

Herausgeber

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit Regensburger Straße 104 90478 Nürnberg

Redaktion

Martina Dorsch

Rechte

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung des IAB gestattet

Bezugsmöglichkeit dieser Stellungnahme

http://doku.iab.de/stellungnahme/2021/sn1021.pdf

Bezugsmöglichkeit aller Veröffentlichungen der Reihe "IAB-Stellungnahme"

https://www.iab.de/de/publikationen/stellungnahme.aspx

Webseite

http://www.iab.de

ISSN

2195-5980